Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8404**

16. Wahlperiode 05. 03. 2008

Antrag

der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Ulrike Höfken, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine EU-Exportsubventionen für Schweinefleisch in Entwicklungsländer

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 29. November 2007 stimmten die Mitgliedstaaten der EU im Verwaltungsausschuss für Schweinefleisch dem Vorschlag der Europäischen Kommission zu, die seit 2004 ausgesetzten Exporterstattungen für unverarbeitetes Schweinefleisch wieder einzuführen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich dafür einzusetzen, dass zukünftig keine Exportsubventionen für Agrarexporte in Entwicklungsländer gewährt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass die Festsetzung von Exporterstattungen für Schweinefleisch (31,10 Euro pro 100 kg Schlachthälften und Teilstücke; 19,40 Euro pro 100 kg Bauchspeck) rückgängig gemacht wird.

Berlin, den 5. März 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die Wiedereinführung von Schweinefleischexportsubventionen ist aus entwicklungspolitischer, handelspolitischer und agrarpolitischer Sicht völlig unsinnig: Die Exporte von Schweinefleischteilen in Entwicklungsländer, insbesondere in afrikanische Staaten, finden zu Preisen weit unterhalb der hiesigen und dortigen Produktionskosten statt. Dies hat katastrophale Auswirkungen auf die Existenz der Produzenten in den Entwicklungsländern, die mit den Billigimporten aus der EU nicht konkurrieren können. Der Öffentlichkeit und den Entwicklungsländern wurde in der WTO-Doha-Runde sowie auch während der Verhandlungen der Wirtschaftspartnerabkommen der EU mit den AKP-Staaten (EPAs bzw. Interimsabkommen) wiederholt suggeriert, dass die EU grundsätzlich bereit ist, auf Exportsubventionen zu verzichten. Die Wiedereinführung der Exporterstattun-

gen für unverarbeitetes Schweinefleisch droht die Märkte in Entwicklungsländern zu schädigen und setzt zudem ein falsches politisches Signal.

Indirekt befördert diese Art der Subventionierung eine widersinnige Agrarpolitik, die zum Bau von riesigen Tierfabriken führt (mit bis zu 85 000 Mastplätzen), die gegen großen Widerstand aus der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland geplant werden. Diese überdimensionierten Tierfabriken orientieren sich nicht an der Marktnachfrage. Sie produzieren Überschüsse, tragen zum Preisverfall bei und gefährden bäuerliche Landwirtschaft weltweit. Es ist nicht akzeptabel, dass nun das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Beseitigung dieser Übermengen eingesetzt wird. Diese Form der Massentierhaltung mit ihren umweltschädlichen, sozial unverträglichen und tierquälerischen Auswirkungen auch noch durch Exportsubventionen zu ermutigen, ist falsch und eindeutig abzulehnen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333